









































### *Abschließende Betrachtung*

Die Parlaments- und Präsidentenwahlen 2011 und 2012 erinnerten zwar aufgrund des unfairen Wahlkampfs, der Verstöße gegen das Wahlrecht und der Manipulationen an frühere Wahlen, dennoch unterschieden sie sich von diesen in mancherlei Hinsicht. In meinem Beitrag habe ich mich bemüht, einige dieser Aspekte zu beleuchten und zu erklären, wer die Demonstranten waren und weshalb es zu den Protesten kam. Es war jedoch nicht mein Anspruch, eine lückenlose Erklärung zu liefern. Soziologen und Politikwissenschaftler versuchen noch immer zu verstehen, was genau geschehen ist und warum, vor allem aber sind sie an der Frage interessiert, ob eine Zunahme der Proteste in der Zukunft möglich ist – ob beispielsweise der politische Protest dadurch gestärkt werden könnte, dass er sich mit sozialen Protesten vereint.

Die Wahlen haben vor allem gezeigt, dass ein großer und signifikanter Teil der russischen Gesellschaft – auch wenn er noch eine Minderheit ist – aufgewacht ist. Während die herrschende Elite das Land auf einen noch autoritäreren Weg führt, strebt ein bedeutender Teil der Bevölkerung eine Demokratisierung an. Wladimir Putins dritte Amtszeit als Präsident wird sich daher für ihn anders und schwieriger gestalten.

Nach den Wahlen bestand zwar einige Hoffnung, dass der Staat die Proteste und die Oppositionsbewegung ernster nehmen und einige liberale Maßnahmen zur Beruhigung der „wütenden Mittelschicht“ treffen würde. Die Entwicklungen zeigen jedoch, dass der Staat die Ereignisse zwar tatsächlich ernst genommen hat, seine Reaktion bestand allerdings darin, genau den entgegengesetzten Weg zu gehen: Er versucht, die Oppositionsbewegung durch repressive Gesetze sowie formelle und informelle Einschüchterungsmechanismen zu unterdrücken. Die Regierung ist nicht gewillt, sich auf die Opposition und die liberale, „moderne“ Mittelschicht und ihre Forderungen zuzubewegen. Stattdessen versucht sie, selbige aus dem politischen Leben zu verbannen. Die verschiedenen repressiven Gesetze und Maßnahmen deuten insgesamt darauf hin, dass es sich hierbei lediglich um den Beginn eines repressiveren Kurses handelt. Jedoch offenbart die gegenwärtige Regierung damit nicht ihre Stärke, sondern ihre Schwäche. Das Potenzial sowohl für positive als auch für negative Veränderungen bleibt bestehen.